



Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Gesundheit
Herr Josef Winkler, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/5957
VORLAGE

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
www.mwg.rlp.de

10.06.2024

Mein Aktenzeichen
Ref. PUK
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Lucas Muth
lucas.muth@mwg.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2871
06131 16-2997

28. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit am 16.05.2024

TOP 10: „Förderung von Krankenhäusern im ländlichen Raum“ Antrag der Fraktion der Freien Wähler nach § 76 Abs. 2 GOLT - V 18/5804

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der o.g. Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

Das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit kümmert sich intensiv um die Krankenhäuser im ländlichen Raum. Ein Beispiel dafür ist die schon einige Zeit zurückliegende weite Definition des Anwendungsbereichs für den Sicherstellungszuschlag und gemeinsam mit den Krankenkassen wurde ein Liquiditätspakt geschlossen. Eine Nachahmung des von Ihnen angesprochenen Bayerischen Förderprogramms strebe ich nicht an. Bayern fördert mit diesem Programm pro Jahr im Umfang von 20 Mio. Euro Investitionen von Krankenhäusern in spezifisch benannten strukturschwachen Regionen. Dabei macht Bayern „Werbung“ damit, dass es über 400 Krankenhäuser gebe.



Damit soll zwar die Brücke gebaut werden, bis die Krankenhausstrukturreform in Kraft tritt, aber es werden auch in Bayern keine Betriebskosten vom Land übernommen. Den Krankenhäusern würde es vor allem helfen, wenn es endlich Gewissheit über die Rahmenbedingungen der Reform und die zeitlichen Abläufe geben würde. Wir versuchen im Länderkreis gemeinsam gute Verbesserungen durchzusetzen. Bayern gehört zu den Ländern, die beim Transparenzgesetz die Verzögerung als Mittel der politischen Auseinandersetzung angewandt haben.

Das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit setzt sich an verschiedenen Standorten sehr intensiv mit den jeweiligen Trägern über die Konzepte mit sektorenübergreifenden Ansätzen auseinander und bisher konnten wir mit der planerischen Flexibilität und den bestehenden Instrumenten einen Beitrag dazu leisten, die Versorgung zu erhalten und eine Perspektive zu schaffen. Das gilt beispielsweise für die Versorgung im Westerwald oder aktuell für die Planungen der Marienhaus Gruppe in Hermeskeil. Rechnet man die Größenordnungen aus Bayern auf Rheinland-Pfalz um, bin ich zuversichtlich, dass wir sinnvolle und dringende Maßnahmen auch vor dem vom Bund geplanten Transformationsfonds aus unseren Investitionsmitteln in vergleichbarer Form finanziert bekommen.

Zwei der aktuellen Herausforderungen würde das Programm übrigens nicht berühren: Beim Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein stehen zwar die Standorte im Ländlichen Raum im Fokus, aber einerseits sind es dort die Betriebskosten, die drücken, andererseits hat das Klinikum gerade am Standort in Koblenz seine größten Herausforderungen.



Und auch Bingen wäre ein Haus, das nach Einwohnern und Versorgung nicht in einer strukturschwachen Region verortet ist.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Hoch